

Wahlprüfsteine 2021

Zur Bundestagswahl 2021 gab die BAG KT 8 Fragen in die Online-Fragebögen folgender Parteien ein:

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- CDU/CSU
- SPD
- FDP
- DIE LINKE.

Im Vorfeld wurden mit Vertreter*innen dieser Parteien im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages und in einigen Bundesländern Gespräche geführt. Diese unterstützten unser Anliegen alle. Die Wahlprüfstein-Bearbeiter*innen der „GRÜNEN“ haben es geschafft, sich in die Themen einzuarbeiten. SPD und CDU/CSU antworteten später. Die Antworten der Partei „DIE LINKE.“ fanden wir eine Woche nach der Veröffentlichung der Zusammenfassung. Daher stellen wir Ihnen unsere 8 Fragen und die Antworten der „LINKEN“ nachträglich vor. Aus den abgegebenen Statements können wir als Interessenvertretung Künstlerischer Therapeut*innen Schlüsse darüber ziehen, wie die Partei mit den für uns wichtigen Kernpunkten übereinstimmt. Daher ist es für unsere Berufsgruppe, unsere Unterstützer*innen und ebenso für unsere Patient*innen wichtig zu wissen, ob und wie die befragten Parteien unseren Kernanliegen begegnen.

Unsere Rückschlüsse und Angebote zur Weiterführung des Prozesses finden Sie am Ende der Fragenbeantwortung auf Seite 3. Schließlich ließ die FDP uns ihre Antwort am 22.9.2021 zukommen. Dieser Text ist auf Seite 4 zu finden und zeigt weiteren Gesprächsbedarf. So können wir Ihnen eine zusammenfassende Übersicht geben zur Positionierung der Partei für die Künstlerischen Therapien.

1. Zur Behandlung depressiver Störungen bei Kindern und Jugendlichen übersteigt der Bedarf die Kapazitäten aller Versorgungsbereiche. Wie kann Ihre Partei die Aufnahme der Künstlerischen Therapien in die ambulante Versorgung unterstützen?



Wir sehen große Chancen in den Künstlerischen Therapien. Sie haben einen salutogenetischen Ansatz und finden meist in multiprofessionellen Behandlungsteams statt. DIE LINKE will generell, dass alle Patient*innen sämtliche Leistungen, die notwendig sind, kostenfrei erhalten. Die Notwendigkeit einer Leistung bemisst sich an der Evidenz. Für Künstlerische Therapien gibt es einige Evidenz, vor allem für Musiktherapie und vor allem im stationären Setting und insbesondere bei Schizophrenie, Depression und teils auch dementiellen Erkrankungen. Wir sprechen uns daher sehr dafür aus, dass im Rahmen von großen aussagekräftigen Studien die Evidenz gerade im ambulanten Bereich verbessert und alle Leistungen, die nachweislich einen Nutzen haben, in die Regelversorgung aufgenommen werden. Für entsprechende Forschungsmittel würden wir uns einsetzen und haben auch in den letzten Jahren in den Haushaltsberatungen des Bundestags regelmäßig 2 Mrd. Euro für Methodenforschung gefordert.

2. Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit sektorenübergreifender Versorgung mit Künstlerischen Therapien bei schweren chronischen oder lebensbegleitenden Erkrankungen wie z.B. in der Therapie und Nachsorge des Mammakarzinoms oder in der Pädiatrischen Onkologie und Hämatologie?

DIE LINKE.

Auch zumindest für krebsbegleitende Musiktherapie gibt es eine positiv verlaufene Studie zur Stressreduktion. Diese sollte also zum Einsatz kommen. Wie in der Antwort auf Frage 1 bereits beschrieben, setzen wir uns gerne für Forschungsgelder ein, um weitere wirksame Anwendungsbereiche herauszufinden bzw. zu bestätigen.

3. Welche Möglichkeiten zur Vernetzung der akutmedizinischen und rehabilitativen Versorgung für Patient*innen mit Künstlerischen Therapien in der ambulanten Versorgung empfehlen Sie, wenn dadurch vermehrtes Auftreten von Krankenhausfällen reduziert werden kann?

DIE LINKE.

DIE LINKE maßt sich nicht an, zu beurteilen, welche Versorgungsformen sinnvoll sind und welche nicht. Das ist nicht Aufgabe der Politik. Antworten auf diese Fragen kann letztlich nur die Wissenschaft finden. Wir stehen aber Versuchen, diese Fragen zu klären, positiv gegenüber. Die vorliegenden Erfahrungen in der Musiktherapie für Ältere sowie Menschen mit Pflegebedarf und mit Behinderung, insbesondere bei dementiellen Einschränkungen, zeigen durchaus positive Resultate und könnten gefördert werden.

4. Wie unterstützen Sie den im „Fact sheet“ der WHO 2019 zur Evidenz der Künste belegten wichtigen Beitrag Künstlerischer Therapien zur Prävention und Behandlung akuter und chronischer Erkrankungen sowie zur Förderung psychischer und physischer Gesundheit?

DIE LINKE.

Dieses Factsheet ist sicherlich ein wichtiger Beitrag auf dem Weg, die Potentiale der Künstlerischen Therapien zu belegen. Besonders erkenntnisreich ist für uns dabei auch die Betonung des salutogenetischen und präventiven Ansatzes. Damit können Künstlerische Therapien einen Beitrag leisten, sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheit zu verringern. Dazu wäre es natürlich wichtig, dass insbesondere diejenigen, die die Therapien brauchen, sie auch bekommen, dass sie also von der Krankenversicherung bei gewissen evidenten Indikationen übernommen werden und keine Privatleistungen für diejenigen sind, die es sich leisten können.

5. Arbeitet Ihre Partei an Antworten auf die im EUROPA-Report der WHO 2019 gestellten Fragen zur evidenten Rolle der Künstlerischen Therapien und deren Implementierung in eine ressourcen- und kulturorientierte Gesundheitsversorgung gesetzlicher Krankenversicherungen von Menschen aller Lebensalter?

DIE LINKE.

Die Versorgung muss ambulant und stationär besser verknüpfen. Wenn sich im stationären Setting Künstlerische Therapieformen bewährt haben, muss die Möglichkeit bestehen, sie auch nach dem Krankenhausaufenthalt zu nutzen. Dafür muss z.B. ein Krankenhaus ambulante Leistungen anbieten können. Wichtig für die Etablierung der Künstlerischen Therapien ist auch die Anerkennung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Aber grundsätzlich andere Herangehensweisen haben es schwer, vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) positiv bewertet zu werden. Da spielen auch Partikularinteressen der beteiligten Bänke im G-BA eine Rolle. Hier wollen wir der Patientenvertretung mehr

Mitentscheidungsrechte einräumen und so die Versorgungsqualität stärken.

6. Welche Fördermöglichkeiten zur Evaluation der Wirtschaftlichkeit Künstlerischer Therapien in der ambulanten Versorgung würden Sie einsetzen?

DIE LINKE.

Wie bereits weiter oben geschrieben würden wir hier die Finanzierung von Studien unterstützen. Diese Studien sollten zwar die Wirksamkeit als Untersuchungsgegenstand im Fokus haben, weil das aus unserer Sicht das wesentliche Argument ist. Da bei gewissen Erkrankungen aber Verschlimmerungen mit Aussicht auf eine teure Therapie zu befürchten ist, könnte auch die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit spannende Erkenntnisse liefern.

7. Welche Möglichkeiten zur gesetzlichen Regulierung der Tätigkeiten Künstlerischer Therapeut*innen als neuer Gesundheitsberuf halten Sie für durchführbar?

DIE LINKE.

So bunt wie derzeit die kunsttherapeutische Ausbildungslandschaft ist, ist von Ausbildung bis Master vieles vorstellbar. Wie bei allen Gesundheitsberufen zählt für uns der beste Erfolg für die Patient*innen. Wichtig scheint uns, dass medizinisches Wissen und Elemente von Public Health neben den Kernbereichen gelehrt werden.

8. Wollen Sie die Teilhabe an Kunst und Kultur und als Schlüssel zu Selbstbewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung und Integration fördern, sodass diese, wie z.B. in Großbritannien, für Patienten, die von Einsamkeit bedroht sind, ärztlich verordnet werden kann?

DIE LINKE.

Großbritannien ist seit der Anerkennung der Musiktherapie durch die NICE 2009 sicherlich weiter als Deutschland. Wir halten dies für einen guten Vorschlag, wobei aber noch zu klären wäre, ob wirklich die ärztliche Verordnung auf Kassenkosten oder eine entsprechende Kulturförderung, die mannigfaltige kostenfreie Angebote ermöglicht oder aber beides der sinnvollere Weg ist, die Teilhabeangebote denen zu geben, die sie brauchen.

Welche Rückschlüsse können aus den Antworten der Partei DIE LINKE gezogen werden?

Grundsätzlich stimmen die Kerninhalte der Antworten mit den Änderungsforderungen der Partei zur Neuorganisation der Gesundheitsleistungen überein. Dementsprechend wird die Notwendigkeit zur Versorgungsforschung und Aufnahme Künstlerischer Therapien in die Regelversorgung nach den Vorgaben des G-BA unterstützt.

Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE ein für die Stärkung der Patient*innenrechte in Bezug auf Mitbestimmung und den Anspruch auf gleichwertige Versorgung für alle. Jenseits der Zweiklassenmedizin sollen Patient*innen die Vorteile einer sektorenübergreifenden Versorgung mit Künstlerischen Therapien nutzen können. Sozialbedingte Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung soll auch durch die gesundheitsfördernde Teilhabe an Kunst und Kultur aufgehoben werden.

Aus den Antworten geht eine grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung Künstlerischer Therapien hervor. Ausgleichbedürftig erscheint die einseitige Informationslage zu Gunsten der Musiktherapie. Sowohl Forschungsergebnisse als auch relevante Indikationen für Kunst- und Gestaltungstherapie, Tanztherapie, Theatertherapie u.a. blieben in der Fragenbeantwortung unberücksichtigt.

In weiteren Gesprächen sollte DIE LINKE für alle Fachbereiche Künstlerischer Therapien informiert und sensibilisiert werden. Dies trifft auch auf die Anerkennung der Rolle von Kultur und Kreativität im Bereich der Bildenden und darstellenden Künste zu, die insbesondere in Großbritannien in zahlreichen Forschungsprojekten untersucht wurden. Die Angebote von mehr als 2.500 Museen und 3.000 Bibliotheken erwiesen mit starker Evidenz ihre Eignung zur Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention durch Reduktion von Stress und Einsamkeitsgefühlen durch Theater-, Livemusik- und Kunstevents nach.
(vgl. <https://www.artscouncil.org.uk/blog/creating-connection>)

Für die BAG Künstlerische Therapien ergibt sich aus der Antwort auf Frage 5 die Perspektive einer Unterstützung durch die Linke bei der Kontaktaufnahme zu Patientenorganisationen und deren Vertretung im G-BA.

Die FDP beantwortet unsere Wahlprüfsteine mit dem folgenden Text:



Wir Freie Demokraten wollen die Wartezeiten auf einen Therapieplatz reduzieren, den Ausbau von Therapieplätzen fördern, Prävention und Aufklärung stärken sowie die Ausbildung der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiterentwickeln. Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollen wir deutlich erhöhen. Ebenso wollen wir mehr Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie schaffen. Schulpsychologische Beratungsangebote wollen wir ausbauen. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen an jeder Schule verfügbar sein. Schließlich fordern wir eine bundesweite Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen, denn die psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. Durch die Förderung von psychischer Gesundheit und Prävention wird die Gesellschaft sensibilisiert und Einzelnen kann schnell geholfen werden.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die Freien Berufe im Gesundheitswesen gestärkt werden. Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Heilmittelerbringerinnen und Heilmittelerbringer sowie Hebammen und Geburtshelfer müssen in medizinischen Fragen autonom und frei von Weisungen Dritter entscheiden können. Denn die Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang kommt den Patientinnen und Patienten zugute. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der Vertrauensbeziehung zwischen Ärztin und Patient.

In Bezug auf die Aufnahme der Künstlerischen Therapie in die ambulante Versorgung, die sektorenübergreifende Versorgung mit Künstlerischen Therapien und die Implementierung der Künstlerischen Therapie in eine ressourcen- und kulturorientierte Gesundheitsversorgung, ist es unserer Auffassung nach nicht Aufgabe der Politik diese Punkte umzusetzen. Hierzu gibt es die Selbstverwaltung im Gesundheitssystem, wie etwa Fachgesellschaften oder den Gemeinsamen Bundesausschuss, die für die Umsetzung in die Praxis zuständig sind.